Neue Rahmenvereinbarung „Schule und Berufsberatung“: Nur ein erster Schritt in die richtige Richtung

- Bildungs- und Arbeitsministerium schließen eine neue Rahmenvereinbarung ab
- PhV NW unterstützt externe Berufsberatung in den Gymnasien
- Es fehlt die schulformspezifische Ausrichtung

Düsseldorf, 02.10.2019. Der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen (PhV NW) unterstützt die Initiative der Landesregierung, mehr Berufsberatung für Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien in NRW anzubieten. „Die verbindliche Rahmenvereinbarung zwischen Schulministerium, Arbeitsministerium und Bundesagentur für Arbeit ist gut gedacht, aber es fehlt die schulformspezifische Ausrichtung“, erklärt Sabine Mistler, Vorsitzende des PhV NW.

Der PhV NW begrüßt die Stärkung der professionellen Beratung

„Die Mitarbeit der Bundesagentur für Arbeit hat sich seit vielen Jahren an den Gymnasien als außerordentlich hilfreich erwiesen. Deshalb begrüßt der PhV NW grundsätzlich die Stärkung der professionellen Beratung zur beruflichen Orientierung: Ausgebildete und neutrale Berufsberatungskräfte unterstützen Schülerschaft und Eltern im Prozess der Studien- und Berufswahl und sorgen so nicht zuletzt für eine Entlastung der Kollegien und Steigerung der Beratungsqualität“, so Mistler.

Das Gymnasium hat ein differenzierteres Bildungsziel

Berufsberatung ist notwendig, an allen Schulformen und in allen Sekundarstufen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im gymnasialen Bildungsgang andere Schwerpunkte gesetzt werden müssen, weg von der allgemeinen hin zur gezielten Einzelfallberatung, und das nicht nur in der Oberstufe. Das sollte jedoch mit minimalen Auswirkungen auf die tägliche Arbeit im Unterricht geschehen. Es darf nicht zulasten des Fachunterrichts gehen.

Weiterentwicklung von „KAoA“ steht aus

Das Landesprogramm “Kein Abschluss ohne Anschluss” (KAoA) ist bislang viel zu wenig schulformspezifisch. Die Weiterentwicklung des Programms in der Sekundarstufe I, gerade im Hinblick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schülerschaft des Gymnasiums, steht aus und die Einführung der Standardelemente in der Sekundarstufe II muss mit Augenmaß erfolgen.

PM Neue Rahmenvereinbarung „Schule und Berufsberatung“: Nur ein erster Schritt in die richtige Richtung